

AK/ÖGB:

Zu wenig Zeit für Lehrlinge

Der erste Lehrlingsmonitor stellt Lehrausbildenden ein schlechtes Zeugnis aus. Die Gewerkschaftsjugend fordert Qualitätsstandards für die Lehre.

Während die duale Ausbildung zunehmend zum Exportschlagert avanciert, streben hierzulande immer weniger Jugendliche eine Lehre an. Um diesem Widerspruch auf den Grund zu gehen, haben Arbeiterkammer und der ÖGB eine umfassende Befragung beauftragt: den ersten österreichweiten Lehrlingsmonitor. Die Ergebnisse sollten den Unternehmen zu denken geben: „Zwei von fünf Lehrlingen sehen ihren Ausbilder, ihre Ausbilderin nur manchmal oder sie kennen ihn/sie gar nicht. Ein ähnlich hoher Anteil bekommt nur kaum oder gar keine Rückmeldung zum Ausbildungsfortschritt. Jeder dritte Lehrling gibt sogar an, immer oder häufig für ausbildungsfremde Tätigkeiten eingesetzt zu werden“, zitiert Autor Peter Schlögl zentrale Erkenntnisse der Studie.

Weitere Punkte im Sündenregister: „Nicht einmal zwei Drittel der Lehrbetriebe (61 Prozent) interessieren sich dafür, was die Jugendlichen in der Berufs-

schule lernen – und jeder zweite Lehrling sagt, dass es bei neuen Arbeitsaufgaben nicht genug Zeit zum Ausprobieren gibt.“ Ausgerechnet jene Branchen, die am lautesten nach Lehrlingen schreien, sind im Übrigen auch jene, in denen die Jugendlichen nicht bleiben wollen. „Die Jugendlichen wollen keine unfreiwilligen Überstunden machen, um den Betrieb aufrechtzuerhalten“, hält Vanessa Radu, Bundesjugendsekretärin der vda, fest. „Die Aufgabe der Betriebe ist es, die Lehrlinge auszubilden und sie auf ihrem Weg zur Lehrabschlussprüfung zu begleiten.“ „Was im schulischen Bereich unvorstellbar wäre, ist in der Lehrlingsausbildung der Normalfall: Es wird nicht kontrolliert, wie gut oder schlecht die Jugendlichen ausgebildet werden“, kritisiert ÖGJ-Vorsitzender Sascha Ernszt. „Das zu ändern muss eine Lehre aus dem ersten Lehrlingsmonitor Österreichs sein.“ Auch AK-Präsident Rudi Kaske

hält fest: „Derzeit ist die Lehrabschlussprüfung der einzige Gradmesser für die Qualität der praktischen Ausbildung in den Betrieben. Es gibt in den meisten Betrieben keine weitere Überprüfung, und das soll sich ändern.“ ÖGB-Präsident Erich Foglar wiederum betont: „Da Arbeits- und Ausbildungsbedingungen maßgeblich für die Zukunft der ArbeitnehmerInnen sind, gehört für uns eine umfangreiche Ausbildung für die LehrlingsausbilderInnen in den Betrieben sowie ständige Weiterbildung der AusbilderInnen dazu. Die Lehrlinge können nur so gut sein, wie jene, die sie ausbilden.“ Von nun an wollen Gewerkschaften und AK alle zwei Jahre aus Sicht der Lehrlinge Vergleiche und Rückschlüsse ziehen, ob die Lehrausbildung einen Schritt nach vorn oder zurück macht.

Infos unter:

www.lehrlingsmonitor.at

GPA-djp:

1.700 Euro: „Das ist wohl das Mindeste!“

270.000 Menschen in Österreich haben Vollzeiteinkommen an der Armutsgrenze. Frauen sind davon deutlich stärker betroffen als Männer.

In Österreich verdienen immer noch knapp zwölf Prozent der Vollzeitbeschäftigten unter 1.500 Euro brutto, das sind rund 270.000 Menschen. Netto entspricht das 1.161 Euro und damit ziemlich genau dem Grenzwert, mit dem Armutsgefährdung definiert wird. „Wir sind überzeugt, dass es höchste Zeit ist, die Mindestlöhne und Gehälter stärker anzuheben“, erklärt Wolfgang Katzian, Vorsitzender der GPA-djp.

1.700 Euro brutto bei Vollzeitbeschäftigung, das sind ab 1. Jänner 2016 mit der von den Gewerkschaften erfolgreich durchgesetzten Steuerreform rund 1.250 Euro netto. „Das ist keine Utopie, sondern eine unabdingbare Vorausset-

zung, um ein selbstbestimmtes Leben führen zu können“, so Katzian.

Das Meinungsforschungsinstitut IFES hat eine Sonderauswertung des Arbeitsklima Index durchgeführt. Die Daten bestätigen, dass eine Erhöhung für die Lohn- und -gehaltsgruppen unter 1.700 Euro massive Auswirkungen auf ihre Lebensgestaltung hat. Die Anhebung ist außerdem ein wirksamer Schritt für mehr Einkommensgerechtigkeit zwischen den Geschlechtern und zum Schließen der Einkommensschere. Frauen sind in viel höherem Ausmaß von niedrigen Vollzeiteinkommen betroffen als Männer. Auch Teilzeitbeschäftigte, von denen besonders viele weiblich sind,

würden von einer Erhöhung profitieren. „Die Selbstbestimmung von Frauen, nicht nur im Erwerbsleben, sondern darüber hinaus in der Pension, setzt ein Einkommen voraus, von dem man leben kann“, betont Bundesfrauenvorsitzende der GPA-djp Ilse Fetik.

In einer Aktionswoche Anfang Dezember haben KollegInnen der GPA-djp in Betrieben und im öffentlichen Raum Unterstützungsunterschriften für diese Forderung gesammelt. Die GPA-djp wird dieses Ziel zudem bei allen anstehenden Kollektivvertragsrunden konsequent verfolgen.

Infos unter:

www.gpa-djp.at/aktionswoche